

## 231 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

1976 05 24

# Regierungsvorlage

### VERTRAG

#### zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel

über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung

Die Republik Österreich  
und  
der Staat Israel

haben in dem Wunsch, das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen — im folgenden als Übereinkommen bezeichnet — im Verhältnis zwischen den beiden Staaten zu ergänzen und die Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze zu erleichtern, folgendes vereinbart:

#### Artikel I

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet:

- a) In Verfahren betreffend Strafaufschub, Strafunterbrechung und bedingte Aussetzung und bedingte Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder einer vorbeugenden Maßnahme;
- b) in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung wegen zu Unrecht erlittener Strafverfolgungsmaßnahmen;
- c) in Gnadensachen;
- d) durch Zustellung von Aufforderungen zum Strafantritt oder zur Zahlung von Geldstrafen, Geldbußen oder Verfahrenskosten in Strafsachen sowie von Entscheidungen über derartige Verfahrenskosten, sofern gewährleistet ist, daß diese Maßnahme nicht vor Ablauf von 60 Tagen nach Zustellung vollstreckt wird;
- e) bei privatrechtlichen Ansprüchen, die im Zuge des Strafverfahrens geltend gemacht werden, solange das für Strafsachen zuständige Gericht noch nicht endgültig über den Strafanspruch entschieden hat.

#### Artikel II

(Zu Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 6 des Übereinkommens)

(1) Die in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens angeführten Gegenstände werden nur herausgegeben, wenn ein Beschlagnahmebeschluß der zuständigen Justizbehörde des ersuchenden Staates vorliegt. Jedoch werden Gegenstände nicht herausgegeben, die nach dem Recht des ersuchten Staates der Beschlagnahme nicht unterliegen.

(2) Rechte dritter Personen und — unbeschadet des Absatzes 4 — des ersuchten Staates an den nach Artikel 3 des Übereinkommens oder nach diesem Vertrag zu übermittelnden Gegenständen oder Schriftstücken bleiben unberührt.

(3) Bei der Entscheidung über den in Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens vorgesehenen Verzicht auf die Rückgabe wird berücksichtigt, ob eine an der strafbaren Handlung nicht beteiligte Person glaubhaft macht, sie habe in einem der beiden Staaten gutgläubig Rechte an den Gegenständen erworben, und ob ihre Ansprüche befriedigt oder sichergestellt worden sind.

(4) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Staat bei der Übermittlung von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

#### Artikel III

(Zu Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens)

Bei der Erledigung eines Ersuchens einer Justizbehörde um Einvernahme einer im ersuchten Staat befindlichen Person über eine strafbare Handlung, die ihr zur Last gelegt wird oder der sie als Mittäter oder Mitschuldiger verdächtig ist, werden die Justizbehörden des ersuchten Staates im Sinne der im ersuchenden Staat geltenden Vorschriften auf ein ausdrückliches Ersuchen der Justizbehörden des ersuchenden

Staates, eine solche Person unbeeidet zu vernehmen, gehörig Bedacht nehmen, sofern diese zu einer solchen Aussage bereit ist.

#### Artikel IV

(Zu Artikel 4 des Übereinkommens)

(1) Die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden oder von an dem Strafverfahren beteiligten Personen oder deren Vertretern bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen im ersuchten Staat wird auf Ersuchen gestattet, sofern eine solche Anwesenheit nach den Vorschriften des ersuchenden Staates zulässig ist. Personen, denen die Anwesenheit bei der Rechtshilfehandlung gestattet worden ist, können ergänzende Fragen oder Maßnahmen anregen oder beantragen, die sich auf die Rechtshilfehandlung beziehen.

(2) Bei Anwendung des Absatzes 1 ist hinsichtlich der Anwesenheit von Vertretern der zuständigen israelischen Behörden die Zustimmung des Bundesministers für Justiz und hinsichtlich der Anwesenheit von Vertretern der zuständigen österreichischen Behörden die Zustimmung des Justizministers des Staates Israel einzuholen.

(3) Die Justizbehörden des ersuchten Staates können beteiligten Personen auftragen, sich durch einen im ersuchten Staat zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, wenn sie Fragen oder Maßnahmen anregen oder beantragen wollen.

#### Artikel V

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

Die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens um Übermittlung von Beweisstücken, um Durchsuchung oder um Beschlagnahme von Gegenständen ist nicht davon abhängig, daß die dem Ersuchen zugrunde liegende strafbare Handlung der Auslieferung unterliegt.

#### Artikel VI

(Zu Artikel 7 des Übereinkommens)

Abgesehen von besonders dringenden Fällen müssen Vorladungen spätestens 40 Tage vor dem für das Erscheinen der geladenen Person festgesetzten Zeitpunkt der Justizbehörde des ersuchten Staates zugegangen sein, die die Ladung zu bewirken hat.

#### Artikel VII

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Artikel 10 Absatz 2 und 3 des Übereinkommens findet auf alle Fälle der Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung, auch wenn die Voraussetzungen des Artikels 10 Absatz 1 des Übereinkommens nicht vorliegen.

#### Artikel VIII

(Zu Artikel 11 und 12 des Übereinkommens)

(1) Ersucht einer der beiden Staaten darum, daß eine bei ihm in Haft befindliche Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens im anderen Staat anwesend sein soll, so kann diesem Ersuchen entsprochen werden.

(2) Für die Dauer des Aufenthaltes hat der Staat, dem der Häftling nach Absatz 1 zugeführt wird, diesen in Haft zu halten. Er darf ihn wegen keiner vor seiner Zuführung begangenen Handlung verfolgen.

#### Artikel IX

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) In Ersuchen um Vernehmung sind die an den Zeugen zu richtenden Fragen in nummerierter Reihenfolge möglichst genau anzuführen.

(2) In Zustellersuchen wird bei den Angaben über den Gegenstand und den Grund des Ersuchens auch die Art des zuzustellenden Schriftstückes sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren bezeichnet.

(3) Werden bei Gefahr im Verzug auf Veranlassung einer Justizbehörde Erhebungsersuchen von dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich oder von dem Leiter der Kriminalpolizei, Israel Police, National Headquarters, Jerusalem, gestellt, so sind außer den erforderlichen Angaben der Auftrag der Justizbehörde und das Aktenzeichen anzugeben.

(4) Telefonische oder telegrafische Ersuchen bedürfen schriftlicher Bestätigung.

#### Artikel X

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, können die in Vollziehung des Übereinkommens und dieses Vertrages zu übermittelnden, auszuhändigenden oder vorzulegenden Schriftstücke und Urkunden für die Republik Österreich durch den Bundesminister für Justiz, für den Staat Israel durch den Director of Courts, Jerusalem, übermittelt werden.

(2) Ersuchen um Übermittlung von Auskünften oder Auszügen aus dem Strafregister zu strafrechtlichen Zwecken können unmittelbar an das Strafregisteramt der Bundespolizeidirektion Wien einerseits und an das Criminal Investigation Department, Police Headquarters, Jerusalem, andererseits gerichtet werden. Jeder Vertragsstaat kann dem anderen Vertragsstaat im Falle einer Änderung der innerstaatlichen Zuständigkeitsregelung anstelle der vorgenannten Behörden eine andere Behörde als zuständig benennen.

(3) Im Rahmen der jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften kann in strafrechtlichen Angelegenheiten, mit denen Sicherheitsbehörden befaßt sind und in denen nur Auskünfte, Vernehmungen durch Sicherheitsbehörden, Personsfeststellungen oder Fahndungsmaßnahmen benötigt werden, der Verkehr unmittelbar zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Leiter der Kriminalpolizei, Israel Police, National Headquarters, Jerusalem, durchgeführt werden.

#### Artikel XI

(Zu Artikel 16 und 17 des Übereinkommens)

(1) Den in Vollziehung des Übereinkommens und dieses Vertrages von den Justizbehörden zu übermittelnden, auszuhändigenden oder vorzulegenden Schriftstücken und Urkunden, die nicht in englischer Sprache abgefaßt sind, wird eine Übersetzung in diese Sprache beigelegt. Den in Erledigung eines Rechtshilfeersuchens erstellten Schriftstücken wird jedoch eine solche Übersetzung, falls sie mit erheblichen Kosten verbunden ist, nur beigelegt, wenn der ersuchende Staat die Kosten trägt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Schriftstücke und Urkunden bedürfen keiner Art von Beglaubigung.

#### Artikel XII

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

Die durch die Herausgabe eines Gegenstandes nach Artikel II entstandenen Kosten sind vom ersuchenden Staat auf Verlangen zu erstatten.

#### Artikel XIII

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Auf Grund einer nach Artikel 21 des Übereinkommens übermittelten Anzeige eines Vertragsstaates werden die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates prüfen, ob nach dem Recht dieses Staates eine Person strafgerichtlich zu verfolgen ist.

(2) Ist ein Strafantrag nur nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich, so kann er innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist nachgeholt werden. Die Frist beginnt mit dem Eingang des Ersuchens bei der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde des ersuchten Staates.

(3) Der Anzeige werden beigelegt:

- a) die Akten oder in Betracht kommenden Aktenteile in Urschrift oder beglaubigter Abschrift sowie allfällige Beweisgegenstände,
- b) eine Abschrift der Strafbestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind.

(4) Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat so bald wie möglich von dem auf Grund des Ersuchens Veranlaßten und übermittelt zugleich eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift einer allenfalls ergangenen abschließenden Entscheidung. Die übermittelten Akten und Gegenstände werden nach Abschluß des Strafverfahrens unverzüglich zurückgegeben, sofern nicht darauf verzichtet wird.

(5) Wurde im ersuchten Staat ein Strafverfahren eingeleitet, so sehen die Behörden des ersuchenden Staates von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Täter wegen derselben Tat ab,

- a) wenn der Täter aus anderen als verfahrensrechtlichen Gründen rechtskräftig freigesprochen worden ist,
- b) wenn die verhängte Strafe oder die angeordnete vorbeugende Maßnahme vollstreckt, erlassen oder verjährt ist,
- c) solange der Vollzug der Strafe oder der vorbeugenden Maßnahme ganz oder teilweise ausgesetzt worden ist.

(6) Die in Anwendung des Artikels 21 des Übereinkommens und dieses Artikels entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

#### Artikel XIV

(Zu Artikel 22 des Übereinkommens)

(1) Die Strafnachrichten und Nachrichten über etwa nachfolgende Maßnahmen werden mindestens einmal alle sechs Monate zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Minister der Polizei des Staates Israel ausgetauscht.

(2) Auf Ersuchen übermittelt der eine Vertragsstaat dem anderen im Einzelfall Abschriften strafgerichtlicher Entscheidungen. Der Schriftverkehr hierüber findet zwischen dem Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und dem Justizminister des Staates Israel statt.

(3) Jeder Vertragsstaat kann dem anderen Vertragsstaat im Falle einer Änderung der innerstaatlichen Zuständigkeitsregelung anstelle der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Behörden eine andere Behörde benennen.

#### Artikel XV

(Zu Artikel 29 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung bei dem Generalsekretär des Europarates wirksam.

**Artikel XVI**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunde sollen so bald wie möglich in Wien ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden; er tritt sechs Monate nach der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten unwirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben, und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Jerusalem, am 21. Juli 1975, in zwei Urschriften, in deutscher und hebräischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Dr. Johanna Nestor**

Für den Staat Israel:

**Yigal Allon**

ה ס כ ם

ב י ן

רפובליקת אוסטריה

ו ב י ן

מדינת ישראל

בדבר השלמתה והקלת יישומה של האמנה האירופית  
מיום 20 באפריל 1959 בדבר עזרה הדדית בענינים פליליים

הסכם בין רפובליקת אוסטריה  
ובין מדינת ישראל

בדבר השלמתה והקלת יישומה של האמנה האירופית מיום  
20 באפריל 1959 בדבר עזרה הדדית בענינים פליליים

רפובליקת אוסטריה ומדינת ישראל,  
ברצוהן להשלים את האמנה האירופית מיום 20 באפריל 1959 בדבר  
עזרה הדדית בענינים פליליים (להלן: "האמנה") לגבי היחסים  
בין שתי המדינות ולהקל את יישומם של העקרונות הכלליים בה,  
הסכימו כלהלן:

כעיקר 1

(לסעיף 1 של האמנה)

האמנה והסכם זה יופעלו גם -

- א. בהליכים בענין דחילה ביצוע עונש, הפסקת ביצוע עונש והשהיה מוחנית של ביצוע עונש או אמצעי מנע;
- ב. בהליכים בענין תביעות פיצויים בשל אמצעים שננקטו שלא כדין בעיקובים פליליים;
- ג. בעניני הנינה;
- ד. על-ידי המצאת דרישות ההיצבות לריצוי עונש או דרישות תשלום קנסות או הוצאות-הליכים בענינים פליליים וכך המצאת החלטות בדבר הוצאות-הליכים כאלה, ובלבד שיובטח כי האמצעי הנדון לא ייאכף לפני חום ששים יום לאחר ההמצאה;
- ה. לגבי תביעות במישור האזרחי הפרטי המוגשות תוך כדי הליך פלילי, כל עוד לא פסק בית המשפט המוסמך לענינים פליליים סופית בענין החביעה הפלילית.

.2

## סעיף 2

(לסעיף 3, סעיף-קטן 1, וסעיף 6 של האמנה)

1. החפצים הנזכרים בסעיף 3, סעיף-קטן 1, של האמנה לא יימסרו אלא אם קיימת החלטת חפיסה מאת הרשות המשפטית המוסמכת של המדינה המבקשת. אולם לא יימסרו חפצים שלפי דיני המדינה המתבקשת אינם ניתנים להפיסה.
2. לא ייפגעו זכויותיו של צד שלישי בחפצים ובכתבים שיש להעבירם עפ"י סעיף 3 של האמנה או עפ"י הסכם זה, וכך לא ייפגעו - בלי לגרוע מהוראת סעיף-קטן 4 - זכויותיה של המדינה המתבקשת בחפצים ובכתבים כאלה.
3. בהחלטה בדבר ויתור על החזרה, כאמור בסעיף 6, סעיף-קטן 2, של האמנה, יש להתחשב בכך אם אדם שאינו שותף למעשה העבירה הוכיח כי קנה בתום לב, באחת ישתי המדינות, זכויות באותם חפצים ואם הביעותיו באו על סיפוקן או הובטחו.
4. בהעברת חפצים תוך ויתור על החזרתם לא תממש המדינה המתבקשת עכבון-מכס או ערובה חפצית אחרת עפ"י הוראות דיני המכס או המסים אלא אם בעל החפצים הנפגע מן העבירה חייב בעצמו את החשלו.

## סעיף 3

(לסעיף 3, סעיף-קטן 2, של האמנה)

ביקשה רשות משפטית לחקור אדם הנמצא במדינה המתבקשת בדבר עבירה המיוחסת לו או שהוא נחשד בה כשותף לביצוע או לאחריות, ונאמר בבקשה בפירוש שיש לחקרו ללא שבועה, יתחשבו רשויות המדינה המתבקשת במשאלה זו כראוי, ברוח ההוראות הנוהגות במדינה המבקשת, במידה שאותו אדם מוכן להיחקר כאמור.

.3

## סעיף 4

(לסעיף 4 של האמנה)

1. נציגים של הרשויות המוסמכות וכן אנשים השותפים להליך הפלילי או נציגיהם יורשו עפ"י בקשתם להיות נוכחים בפעולות עזרה משפטית במדינה המתבקשת, במידה שנוכחותם מותרת לפי דיני המדינה המבקשת. אנשים שהורשחה נוכחותם בפעולת עזרה משפטית רשאים להציע או לבקש הצגת שאלות משלימות ונקיטת אמצעים משלימים במידה שהשאלות או האמצעים מתייחסים לפעולת העזרה המשפטית.
2. בהפעלת סעיף-קטן 1 יש להשיג את הסכמת שר המשפטים הפדראלי לגבי נוכחות נציגים של הרשויות הישראליות המוסמכות ואת הסכמת שר המשפטים של מדינת ישראל לגבי נוכחות נציגים של הרשויות המוסמכות האוסטריות.
3. הרשויות השיפוטיות של המדינה המתבקשת רשאיות לדרוש כי אנשים השותפים להליך ייוצגו על-ידי עורך-דין בעל רשיון באותה מדינה כשהם רוצים להציע או לבקש הצגת שאלות או נקיטת אמצעים.

## סעיף 5

(לסעיף 5 של האמנה)

ביצועה של בקשת עזרה משפטית לשם העברת חומר ראיה, חיפוש או הפיסת חפצים אינו מותנה בכך שהעבירה המשמשת עילה לבקשה היא בת-הסגרה.

## סעיף 6

(לסעיף 7 של האמנה)

פרט למקרים דחופים במיוחד חייבות הזמנות לדין להגיע לידי הרשות השיפוטית של המדינה המתבקשת שעליה לבצע את ההזמנה לא יאוחר מארבעים יום לפני המועד שנקבע להופעת המוזמן.

.4

## סעיף 7

(לסעיף 10 של האמנה)

סעיפים-קטנים 2 ו-3 של סעיף 10 לאמנה יחולו על כל מקרה של הזמנת עד או מומחה, גם אם לא נחקיימו חנאי סעיף-קטן 1 של סעיף 10 לאמנה.

## סעיף 8

(לסעיפים 11 ו-12 של האמנה)

1. ביקשה אחת משתי המדינות כי אדם הנמצא במעצר בשטחה יהיה נוכח בביצוע בקשת עזרה משפטית במדינה האחרת, ניתן להיענות לבקשה זו.
2. המדינה שאליה מובא עציר עפ"י סעיף-קטן 1 חייבת להחזיקו במעצר במשך שהייתו בשטחה. אסור לה לנקוט הליכים נגדו בשל מעשה שנעשה לפני הבאתו.

## סעיף 9

(לסעיף 14 של האמנה)

1. בבקשה לחקירת עד יצויינו בדיוק ככל האפשר, במיטפור שוטף, השאלות שיש להציג לו.
2. בבקשת המצאה יצויינו, בין הפרטים בדבר נושא הבקשה ועילתה, גם טיבו של הכתב שיש להמציאו וכן מעמד המקבל בהליך.
3. בקשה לגביית ראיות המוצגת ע"י שר הפנים הפדראלי של רפובליקת אוסטריה או ראש הבולשת במטה הארצי של משטרת ישראל, ירושלים, ביזמת רשות שיפוטית, בנסיבות בהן דיתוי כרוך בסכנה, חייבת לכלול, מלבד הפרטים הדרושים, גם את דרישת הרשות השיפוטית ואת מספר התיק.
4. בקשה באמצעות הטלפון או הטלגרף טעונה אישור בכתב.

.5.

## סעיף 10

(לסעיף 15 של האמנה)

1. הכתבים והמסמכים שיש להעבירם, למסרם או להציגם מתוך ביצוע האמנה והסכם זה, ניהן להעבירם, מטעם רפובליקה אוסטריה, ע"י שר המשפטים הפדראלי ומטעם מדינת ישראל, ע"י מנהל בתי המשפט, ירושלים, הכל כשאינן הוראה אחרת בהסכם זה.
2. בקשה להעברת מידע או תמצית מן המרשם-בפלילים, לצרכי הליך פלילי, ניתחן להפנות במישרין אל משרד המרשם-בפלילים של הנהלת המשטרה הפדראלית בווינה, מצד אחד, ואל הבולשת, מטה המשטרה, ירושלים, מצד שני. במקרה של שינוי בסדרי הסמכויות הפנים-ארציים רשאית כל אחת מבעלות ההסכם להודיע למשנה כי רשות אחרת מוסמכת במקום הרשות הנ"ל.
3. בענינים פליליים בהם עוסקות רשויות המשטרה, ובהם דרושים רק מידע, חקירות על-ידי רשויות המשטרה, זיהויים או פעולות חיפוש אחר עברין, ניתחן לקיים קשר ישיר בין שר הפנים הפדראלי של רפובליקה אוסטריה וראש הבולשת במטה הארצי של משטרת ישראל, ירושלים, בכפוף להוראות הפנים-ארציות הנוהגות מזמן לזמן.

## סעיף 11

(לסעיפים 16 ו-17 של האמנה)

1. כתבים ומסמכים שעל הרשויות המשפטיות להעבירם, למסרם או להציגם מתוך ביצוע האמנה והסכם זה ואינם ערוכים בשפה האנגלית, יצורף אליהם תרגום לשפה זו. אולם כתבים שנערכו מתוך ביצוע בקשת עזרה משפטית ותרגומם כנ"ל כרוך בהוצאות ניכרות, לא יצורף אליהם תרגום אלא אם המדינה המבקשת נושאת בהוצאות.

.6

2. הכתבים והמסמכים הנזכרים בסעיף-קטן 1 אינם טעונים אימות מכל סוג שהוא.

## סעיף 12

(לסעיף 20 של האמנה)

המדינה המבקשת תחזיר את ההוצאות שנגרמו ע"י מסירת חפץ לפי סעיף 2, אם תחבקש לכך.

## סעיף 13

(לסעיף 21 של האמנה)

1. העבירה בעלת הסכסם אחת, עפ"י סעיף 21 של האמנה, תלונה אל בעלת ההסכסם האחרת, יבדקו הרשויות המוסמכות של בעלת ההסכסם האחרת אם לפי חוקיה יש לנקוט נגד אדם בעיקובים פליליים.
2. דרושה בקשת עיקובים פליליים רק לפי דיני המדינה המתבקשת, ניתן להגישה תוך הארכה קבועה בחוק. הארכה מתחילה עם קבלת הבקשה בידי רשות המדינה המתבקשת המוסמכת לפתוח בהליכים פליליים.
3. לתלונה יצורפו -
  - א. התיקים או חלקי-התיקים הנוגעים בדבר, במקור או בעתק מאומת, וכן חפצי ראיה, אם יש כאחד בנמצא;
  - ב. העתק הוראות החוק הפלילי החלות על המעשה עפ"י הדין הנוהג במקום המעשה.
4. המדינה המתבקשת תודיע למדינה המבקשת בהקדם האפשרי על הפעולה שנקטה עקב הבקשה ויחד עם זה תעביר אליה עותק, או העתק מאומת, של ההחלטה הסופית, אם נחקבלה כזאת. התיקים והחפצים

.7

שהועברו יוחזרו תיכף לסיום ההליך הפלילי, זולת אם מותרים על החזרתם.

5. נפתח הליך פלילי במדינה המתבקשת, יימנעו רשויות המדינה המבקשת מפעולות הביעה או אכיפה נוספות נגד העברין בשל אותו המעשה -

א. אם העברין זוכה בפסק-דין בן-פועל מטעמים שאינם נוהליים;

ב. אם העונש שנגזר או אמצעי המנע שהוטל בוצע, נמחל או נחיישן;

ג. כל עוד מושהה ביצוע העונש או אמצעי המנע, כולו או מקצחו.

6. ההוצאות הנגרמות עקב הפעלת סעיף 21 של האמנה וסעיף זה - לא יוחזרו.

#### סעיף 14

#### (לסעיף 22 של האמנה)

1. המידע בדבר ענשים והמידע בדבר אמצעים שלאחר מכן, אם הוטלו כאלה, יוחלפו פעם בששה חדשים, לפחות, בין שר הפנים הפדראלי של רפובליקת אוסטריה ושר המשטרה של מדינת ישראל.

2. במקרים אינדיבידואליים תעביר בעלת ההסכם האחת למשנה, עפ"י בקשתה, העתקי פסקים בעניינים פליליים. ההתכתבות בענין זה חתנהל בין שר המשפטים הפדראלי של רפובליקת אוסטריה ושר המשפטים של מדינת ישראל.

3. במקרה של שינוי בסדרי הסמכויות הפנים-ארציים רשאית כל אחת מבעלות ההסכם להודיע למשנה כי רשות אחרת באה במקום הרשויות המצויינות בסעיפים 1 ו-2.

.8

סעיף 15  
(לסעיף 29 של האמנה)

הודיעה אחת מבעלות ההסכם על הסתלקותה מן האמנה, תהיה ההסתלקות בת-פועל לגבי היחסים בין רפובליקת אוסטריה ומדינת ישראל שנתיים לאחר קבלת ההודעה בידי המזכיר הכללי של מועצת

סעיף

1. הסכם זה טעון אשרור. מסמכי האשרור יוחלפו בהקדם האפשרי  
ב זינה

2. הסכם זה ייכנס לתקפו חודש לאחר החלפת מסמכי האשרור.

3. הסכם זה ניתן לביטול בכל עת בהודעה בכתב דרך הצנורות הדיפלומטיים; תוקפו יפוג ששה חדשים לאחר מתן ההודעה. כן יפוג תוקפו, אף ללא הודעה ביטול, במועד בו תפקע האמנה האירופית בדבר עזרה הדדית בעניינים פליליים לגבי היחסים בין שתי בעלות ההסכם.

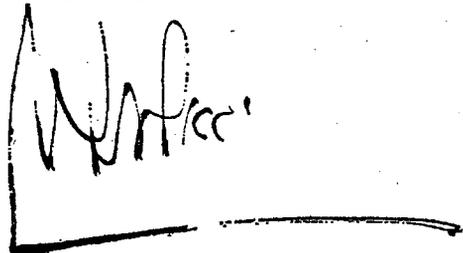
ולראיה חתמו מיופיי-הכות על הסכם זה והטביעו עליו חותמות.

ביום 21 דיוני 75'

נעשה ב ירושלים

בשני כתבי-מקור, בשפה העברית והגרמנית, ושני הנוסחים דין מקור להם במידה שווה.

בשם מדינת ישראל:



בשם רפובליקת אוסטריה:

Dr. Johanne Nestor

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung ist ein gesetzändernder Staatsvertrag, dem kein politischer Charakter zukommt. Keine seiner Bestimmungen ist verfassungsändernd. Da alle Bestimmungen in der innerstaatlichen Rechtsordnung unmittelbar anwendbar sind, bedarf es keiner Beschlussfassung des Nationalrates nach Art. 50 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes.

Das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 ist für Österreich am 31. Dezember 1968 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 41/1969). Es gilt unter anderem im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel. Mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens im Verhältnis zwischen Österreich und Israel haben gemäß Art. 26 Abs. 1 des Übereinkommens die vertraglichen Vereinbarungen, welche die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen beiden Staaten vorher auf bilateraler Basis geregelt hatten, ihre Wirksamkeit verloren. Diese Vereinbarungen waren im Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 6. Juni 1966, BGBl. Nr. 348/1968, enthalten.

Es ergibt sich daher das Bedürfnis nach dem Abschluß eines zweiseitigen Zusatzvertrages zwischen Österreich und dem Staat Israel — der Abschluß solcher Verträge ist in Art. 26 Abs. 2 des Übereinkommens vorgesehen —, um verschiedene Vereinfachungen und Erleichterungen sowie Erweiterungen der Anwendung gegenüber dem Übereinkommen zu schaffen. Überdies war es erforderlich, unter Bedachtnahme auf die Besonderheiten der Rechtsordnungen der beiden Staaten bestimmte, in dem mehrseitigen Übereinkommen nicht oder nur in den Grundzügen behandelte Fragen ergänzend zu regeln und die Anwendung einzelner zu dem Übereinkommen

gemachter Vorbehalte im Verhältnis zwischen beiden Staaten zu präzisieren und nach Möglichkeit einzuschränken.

Auf Grund eines im Jahre 1971 ausgearbeiteten österreichischen Entwurfs wurde im Zuge von Verhandlungen zwischen Vertretern der Republik Österreich und einem Vertreter des Staates Israel im Juni 1972 in Wien sowie einer nachfolgenden Korrespondenz im diplomatischen Weg ein gemeinsamer Vertragsentwurf erstellt. Am 21. Juli 1975 wurde dieser Vertrag in Jerusalem vom österreichischen Botschafter in Israel und vom Außenminister des Staates Israel unterzeichnet.

### Besonderer Teil

Im einzelnen ist in dem Vertrag vorgesehen worden, daß die Leistung von Rechtshilfe, über das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen hinaus, in beschränktem Umfang auch im Zusammenhang mit der Strafvollstreckung zulässig sein soll (Art. I Abs. 1 lit. a und d). Art. I Abs. 1 lit. b, c und e erweitern ferner den Anwendungsbereich des Übereinkommens, praktischen Bedürfnissen entsprechend, auch auf Verfahren wegen Entschädigung wegen zu Unrecht erlittener Strafverfolgungsmaßnahmen, auf das Gnadenverfahren und auf privatrechtliche Ansprüche, die im Zuge eines Strafverfahrens geltend gemacht werden, solange das für Strafsachen zuständige Gericht noch nicht endgültig über den Strafanspruch entschieden hat.

Art. II macht die Übermittlung von Beweismitteln, Akten oder Schriftstücken von einem Beschlagnahmebeschluß der zuständigen Justizbehörde des ersuchenden Staates abhängig und schließt die Herausgabe solcher Gegenstände aus, wenn sie nach dem Recht des ersuchten Staates der Beschlagnahme nicht unterliegen (Art. II Abs. 1). Ferner soll vermieden werden, daß an der strafbaren Handlung nicht beteiligte Personen, die gutgläubig erworbene Rechte an dem Gegenstand glaubhaft machen können, in der zivilrechtlichen Verfolgung ihrer Ansprüche benachteiligt werden (Art. II Abs. 3).

Art. III nimmt auf die unterschiedliche Rechtslage in den beiden Vertragsstaaten hinsichtlich der Form der Einvernahme einer beschuldigten Person Bedacht. Während die Einvernahme in einem solchen Fall nach österreichischem Recht unbeeidet zu erfolgen hat, wird nach israelischem Recht auch eine beschuldigte Person grundsätzlich als Zeuge vernommen und hat dann Anspruch darauf, ihre Aussage zu beeden. Um allfälligen Nichtigkeitsfolgen in einem österreichischen Strafverfahren vorzubeugen, wurde vorgesehen, daß österreichische Gerichte ungeachtet der israelischen Rechtslage das zuständige israelische Gericht ausdrücklich um die unbeeidete Vernehmung einer beschuldigten Person ersuchen können. Auf ein solches Ersuchen wird das israelische Gericht, falls der zu Vernehmende zu einer solchen Aussage bereit ist, gehörig Bedacht nehmen.

Vorgesehen wurde auch die Möglichkeit einer Anwesenheit von Prozeßbeteiligten, auch von Behördenvertretern, bei Rechtshilfehandlungen (Art. IV) sowie die Teilnahme von im anderen Staat in Haft befindlichen Personen bei Rechtshilfehandlungen, die im ersuchten Staat vorzunehmen sind (Art. VIII). Ergänzende Regelungen enthalten Art. VII über die Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, Art. IX über den Inhalt von Ersuchen um Vernehmung von Zeugen und von Zustellungsersuchen, Art. XI über

Übersetzungen, Art. XII über Kosten und Art. XIV über den Austausch von Strafnachrichten.

Der Geschäftsweg wird im Art. X in einer den Bedürfnissen der beiden Staaten angepaßten Weise geregelt, wobei entgegen der von Israel zu Art. 15 Abs. 6 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen abgegebenen Erklärung, wonach im Rechtshilfeverkehr mit Israel der diplomatische Weg einzuhalten ist, durch den Zusatzvertrag im Verhältnis zwischen Österreich und Israel der im Übereinkommen grundsätzlich vorgesehene Geschäftsweg zwischen den beiderseits zuständigen zentralen Justizverwaltungsbehörden wiederhergestellt wird.

Bei der sogenannten „Übernahme der Strafverfolgung“ (Art. XIII) ist der Grundsatz „ne bis in idem“ in der Form verankert worden, daß der ersuchende Staat von weiteren Verfolgungs- und Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Täter wegen derselben Tat absieht, wenn im ersuchten Staat gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet wurde und der Täter aus anderen als verfahrensrechtlichen Gründen rechtskräftig freigesprochen worden ist, wenn die verhängte Strafe vollstreckt, erlassen oder verjährt ist oder solange der Vollzug der Strafe ausgesetzt worden ist. Die Art. XV und XVI enthalten die Schlußbestimmungen.